

17.10.2012

Niederschrift

Ausschuss für Planung und Verkehr

am 03.09.2012 | Kreishaus Unna | Freiherr-vom-Stein-Saal II/III | Friedrich-Ebert-Straße
17 | 59425 Unna

Beginn 16:00 Uhr

Ende 17:45 Uhr

Anwesend:

Vorsitzende/r

Herr Günter Bremerich

Kreistagmitglieder SPD

Frau Heike Brossat

Herr Jens Hebebrand

Herr Gerd Oldenburg

Herr Theodor Rieke

Herr Heinz Steffen

Herr Herbert Ziegenbein

Sachkundige Bürger/innen SPD

Herr Norbert Drüke

Herr Thorsten Kozik

Kreistagmitglieder CDU

Herr Michael Dobrowolski

Herr Dipl. Ing. Wilfried Feldmann

Herr Hubert Zumbusch

Sachkundige Bürger/innen CDU

Herr Martin Stoltefuß

Kreistagmitglieder BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Frau Anke Schneider

Sachkundige Bürger/innen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Frau Stephanie Schmidt

Kreistagmitglieder FDP

Herr Andreas Wette

anwesend bis 16.45 Uhr

Sachkundige Bürger/innen FDP

Herr Michael Szopieray

Kreistagmitglieder DIE LINKE.

Herr Dieter Reichwald

Sachkundige Bürger/innen FWG

Herr Andreas Czichowski

Sachkundige Bürger/innen GFL

Herr Reinhard Schulz

Verwaltung

Frau Sabine Leïße, Leiterin Planung und Mobilität

Herr Klaus-Peter Dürholt, Planung und Mobilität

Frau Gabriele Bierwolf-Siegrist, Schriftführerin

Herr Bremerich begrüßt die anwesenden Damen und Herren und eröffnet die Sitzung. Er stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Änderungen oder Ergänzungen in der Tagesordnung ergeben sich nicht, so dass wie folgt beraten wird:

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- | | | |
|----------------|--------|---|
| Punkt 1 | | Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner |
| Punkt 2 | | Modellprojekt Radstationen - Abschlussbericht |
| Punkt 3 | 057/12 | Radverkehrskonzept Kreis Unna - Beschluss zum Handlungsprogramm |
| Punkt 4 | 122/12 | Gewährung von Zuwendungen zur Förderung nach § 11 Abs. 2 ÖPNVG NRW (Fahrzeugförderung) |
| Punkt 5 | 121/12 | Allgemeine Vorschrift zu Ausgleichsleistungen der Schülerbeförderung nach § 11 a ÖPNVG NRW |
| Punkt 6 | 124/12 | Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplan (BVWP) |
| Punkt 7 | 119/12 | Landesentwicklungsplan Nordrhein-Westfalen - Sachlicher Teilplan Großflächiger Einzelhandel |
| Punkt 8 | | Öffentliche Luftpumpe/Radparkanlage - Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 08.08.2012 |
| Punkt 9 | | Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen |

Öffentlicher Teil

Punkt 1 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner

Fragen von Einwohnerinnen oder Einwohnern ergeben sich nicht.

Punkt 2 Modellprojekt Radstationen - Abschlussbericht

Erörterung

Herr Volker Meier, Horschler Projektentwicklung und Beratung GmbH, stellt anhand einer Folienpräsentation, die der Niederschrift als Anlage 1 beigelegt ist, die Projektanalyse zum Modellprojekt Radstationen vor. Dabei geht er auf die erreichten Ergebnisse und die daraus entwickelten Empfehlungen für die Zukunft der Radstationen ein. Wichtige Faktoren seien dabei die Qualitätsstandards im Bereich Infrastruktur und Personalausstattung. Dazu bedürfe es einer gesicherten Finanzierung.

Frau Leißer ergänzt seine Ausführungen darum, dass die Projektanalyse in der vergangenen Woche den Städten und Gemeinden vorgestellt worden sei, um die gutachterlichen Schlussfolgerungen mit den dortigen Einschätzungen abzugleichen. Es habe eine große Übereinstimmung festgestellt werden können.

Der Kreis habe sich in seiner Eigenschaft als fahrradfreundlicher Kreis um die Teilnahme an dem Modellprojekt beworben und aufgrund dessen den Zuschlag und die entsprechenden Fördermittel erhalten. Dieses Projekt sei jetzt abgeschlossen.

Der Kreis könne sich eine Fortführung aus Mitteln der durch das Land gewährten ÖPNV-Mittel vorstellen. Die Voraussetzungen dazu lägen vor. Zudem sei durch den ZRL signalisiert worden, dass bei Zustimmung durch die Verbandsversammlung dem Kreis im kommenden Jahr weitere Mittel in Höhe von 10.000 Euro zur Verfügung gestellt würden.

Bei einer Fortsetzung sollen die Städte und Gemeinden mit eingebunden werden. In welcher Art und Weise dies geschehe, sei zu klären. Dazu werde die DasDies GmbH, zusammen mit dem Kreis Unna, Gespräche mit den Kommunen führen, die Standort einer Fahrradstation seien. Aufgrund der Ergebnisse könnten dann Geschäfts- und Finanzierungsmodelle entwickelt werden.

Herr Bremerich weist darauf hin, dass zu diesem Tagesordnungspunkt ein Antrag der SPD-Fraktion vorliege. Er bittet den Sprecher, Herrn Hebebrand, um Erläuterung.

Herr Hebebrand stellt den vorliegenden Antrag und dessen Begründung kurz vor.

Lt. Herrn Zumbusch seien zuerst die Gespräche mit den Städten und Gemeinden über deren Beteiligung zu führen. Erst wenn die Ergebnisse vorlägen, könne abschließend beraten werden. Er melde daher für die CDU-Fraktion Beratungsbedarf an.

Frau Schneider erklärt die grundsätzliche Bereitschaft der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Unterstützung und zum dauerhaften Erhalt der Radstationen. Allerdings sehe sie die Frage der weiteren Finanzierung noch nicht abschließend geklärt. Der Antrag müsse zudem in ihrer Fraktion noch beraten werden, so dass sie sich ebenfalls für eine Verschiebung der heutigen Beratung ausspreche.

Auf ihre Frage nach den finanziellen Regelungen für die Zeit, bis das neue Konzept greift, teilt Frau Leißer mit, dass davon auszugehen sei, dass bis zum Abschluss der Gespräche der Bestand der Radstationen nicht gefährdet sei. Natürlich seien die finanziellen Rahmenbedingungen bekannt, so dass die Angelegenheit hohe Priorität genieße.

Herr Steffen regt an, dass mit dem Betreiber der Radstationen nur ein kommunaler Vertreter federführend verhandeln solle. Für ihn könne dies nur der Kreis Unna im Auftrag der Städte und Gemeinden sein.
Lt. Frau Leiße sei eine solche Regelung Bestandteil der Gespräche mit den Kommunen.

Herr Ziegenbein weist auf die prekäre Haushaltslage in Fröndenberg als Haushaltssicherungskommune und die dort geführte grundsätzliche Diskussion über die Beibehaltung freiwilliger Leistungen hin. Es bleibe abzuwarten, inwieweit eine finanzielle Beteiligung möglich sein werde. Unter Umständen müsse es auch andere Gestaltungsmöglichkeiten geben.

Auf Nachfrage von Herrn Zumbusch erläutert Frau Leiße, dass die Radstation in Selm aufgrund der rührigen Betreiber keinen Zuschussbedarf habe. Nichts desto trotz sei es für alle Radstationen sinnvoll, weitere Finanzierungsmöglichkeiten, wie z.B. durch Zuschüsse ortsansässiger Unternehmen, zu suchen.

Herr Zumbusch führt weiter aus, dass er aufgrund der Aussagen von Herrn Meier zur Art des zu beschäftigenden Personals eine Veränderung zur ursprünglich mit den Radstationen verbundenen Idee feststelle, Personen mit Vermittlungshemmnissen die Chance zu einer längerfristigen Beschäftigung zu geben. Er sehe hier eher die Entwicklung zu einem normalen Gewerbebetrieb und nicht mehr die Umsetzung der sozialen Ausrichtung.

Frau Leiße erläutert, dass sich die Förderungsvoraussetzungen für Arbeitsmarktmaßnahmen in den vergangenen Jahren verändert hätten und daher eine andere Herangehensweise notwendig machen. So sei heute Stammpersonal Voraussetzung für geförderte Qualifizierungen. Bei der DasDies GmbH handele es sich zudem um einen Integrationsbetrieb.

Herr Meier ergänzt, dass hier nicht von einer Konkurrenz zu bestehenden Fahrradhändlern auszugehen sei. Vielmehr gebe es an den meisten Standorten Kooperationen zwischen den Fachbetrieben und den Radstationen.

Aufgrund des bestehenden Beratungsbedarfes wird eine Beschlussempfehlung nicht getroffen.

Punkt 3 057/12 Radverkehrskonzept Kreis Unna - Beschluss zum Handlungsprogramm

Erörterung

Herr Dürholt stellt anhand eines Folienvortrages die Entwicklung des Radverkehrskonzeptes vor. Die Präsentation ist als Anlage 2 der Niederschrift beigelegt. Zum Abschluss seines Vortrages teilt er mit, dass es zu den im Vorfeld bekannten Anträgen weitere Folien gebe, die er bei Bedarf vorstellen könne.

Herr Bremerich weist auf die vorliegenden Anträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die heute eingegangenen Anträge der CDU-Fraktion hin und bittet um Stellungnahme und Begründung.

Lt. Frau Schneider würde sie es begrüßen, wenn die weiteren Folien präsentiert würden, um zumindest über die damit verbundenen Anträge in diesem Fachausschuss beraten zu können. Eine Verschiebung der Beratung lediglich in den Bau- und Technikausschuss halte sie für zu kurz gegriffen. Schließlich sei das Radverkehrskonzept erneut zur Beratung in den Ausschuss für Planung und Verkehr verwiesen worden, um dem Fachgremium die Möglichkeit zu geben, sich inhaltlich abschließend mit dem Thema zu beschäftigen.

Herr Hebebrand äußert dazu, dass er es für sinnvoll halte, alle Anträge gemeinsam zu beraten. Dies sei bei den Anträgen der CDU-Fraktion aber heute noch nicht möglich, da sie erst kurz vor Beginn der Sitzung eingegangen seien.

In der letzten Sitzung des Bau- und Technikausschusses, so Herr Ziegenbein, sei vereinbart worden, dass von Seiten der Verwaltung eine Kostenanalyse zur Sitzung am 23. Oktober vorgelegt werden solle. Dies müsse in die Beratungen mit einfließen.

Herr Steffen schlägt daraufhin vor, am 23. Oktober eine gemeinsame Sitzung der beiden Fachausschüsse zum Radverkehrskonzept und den dazu vorliegenden Anträgen durchzuführen.

Dem Vorschlag wird von den Ausschussmitgliedern zugestimmt.

Punkt 4 122/12 Gewährung von Zuwendungen zur Förderung nach § 11 Abs. 2 ÖPNVG NRW (Fahrzeugförderung)

Beschluss

Dem Kreisausschuss wird empfohlen, dem Kreistag folgenden Beschluss vorzuschlagen:

Die Förderrichtlinie des Kreises Unna zur Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Servicequalität im ÖPNV vom 11.10.2011 nebst Anlage 9 wird geändert.

Abstimmungsergebnis
einstimmig beschlossen

Punkt 5 121/12 Allgemeine Vorschrift zu Ausgleichsleistungen der Schülerbeförderung nach § 11 a ÖPNVG NRW

Erörterung

Frau Leiße teilt mit, dass es eine Ergänzungsvorlage geben werde, da aufgrund formeller Voraussetzungen eine Änderung des Beschlussvorschlages und der Vorschrift notwendig sei.

Herr Bremerich stellt die Änderung im Beschlussvorschlag vor (s. Fettdruck) und sodann den geänderten Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Beschluss

Dem Kreisausschuss wird empfohlen, dem Kreistag folgenden Beschluss vorzuschlagen:

1. Die Änderungen in der Allgemeinen Vorschrift nach §11 a ÖPNVG NRW zur Weiterleitung der Mittel für den Ausgleich zu den ungedeckten Kosten im Schüler- und Ausbildungsverkehr des Kreises Unna vom 11.10.2011 ~~werden~~ **wird** beschlossen.
2. Der Landrat wird beauftragt, die Allgemeine Vorschrift als Satzung im Amtsblatt des Kreises Unna zu veröffentlichen, um Rechtsverbindlichkeit zu erzeugen.

Abstimmungsergebnis
einstimmig beschlossen

Punkt 6 124/12 Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplan (BVWP)

Erörterung

Frau Leiße stellt die wesentlichen Punkte der Stellungnahme im Rahmen einer Folienpräsentation vor, die der Niederschrift als Anlage 3 beigelegt ist.

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 7 119/12 Landesentwicklungsplan Nordrhein-Westfalen - Sachlicher Teilplan Großflächiger Einzelhandel -

Erörterung

Lt. Frau Leiße habe es bisher keine rechtlichen Möglichkeiten gegeben, auf die Entwicklung des großflächigen Einzelhandels Einfluss zu nehmen. Dies sei aufgrund des Entwurfs des Landesentwicklungsplanes nun anders. Den nunmehr eingeschlagenen Weg der Landesregierung halte sie für richtig.

In die abgegebene Stellungnahme seien Anregungen zu mehr Rechtssicherheit eingeflossen. Zudem sei auf die Erfordernisse des demografischen Wandels für die Entwicklung attraktiver Innenstädte eingegangen worden.

Beschluss

Dem Kreisausschuss wird empfohlen, dem Kreistag folgenden Beschluss vorzuschlagen:

Der Landrat wird beauftragt, die Stellungnahme der Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen zuzuleiten.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 8 Öffentliche Luftpumpe/Radparkanlage - Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 08.08.2012

Erörterung

Frau Leiße beantwortet die Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 08.08.2012. Es habe eine erste Prüfung durch den Fachbereich Bauen gegeben, ob eine Aufstellung vor dem Kreishaus Unna möglich sei. Grundsätzlich bestünde diese Möglichkeit. Aufgrund des PPP-Modells könne dies nicht ohne Einbeziehung des Betreibers erfolgen. Von Seiten des Kreises werde alles zu einer Umsetzung Mögliche getan.

Bei der anstehenden Umgestaltung des Innenhofes von Haus Opherdicke werde die Aufstellung einer Fahrradabstellanlage mit einbezogen werden. Dabei müsse die Gesamtkonzeption berücksichtigt werden.

Beim Schloss Cappenberg sei die Ausgangslage eine andere. Der Kreis sei hier Mieter und könne das Thema nur auf dieser Basis in Gespräche zu einer Vertragsverlängerung einbringen.

Punkt 9 Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

1. Ziel 2-Förderperiode

Zur Information über die anstehende neue Förderperiode ist der Niederschrift eine Übersicht als Anlage 4 beigelegt. Lt. Frau Leiße habe das Land NRW ein Eckpunktepapier für die Verwendung der zur Verfü-

gung stehenden EFRE-Mittel entworfen. Hierzu müsse auch der Kreis eine Stellungnahme abgeben. Dies erfolge in Kooperation mit dem RVR, da das gesamte Ruhrgebiet eine gemeinsame Stellungnahme abgeben werde. Neu bei der anstehenden Förderperiode sei eine vierte Fördersäule (Sammelachse 4), in die 20 Prozent der Mittel einfließen solle. Das Thema werde im Ausschuss für Planung und Verkehr in 2013 vertieft behandelt werden.

2. Inklusion

Der Kreistag habe 2010 den Landrat mit der Entwicklung eines Handlungsprogramms zum Thema Inklusion beauftragt, so Frau Leïße. Der Entwurf dieses Handlungsprogramm stehe kurz vor der Vollendung. Er werde den Fraktionen und Gruppen zur Verfügung gestellt werden, bevor das Programm in einer Vielzahl von Fachausschüssen zur Beratung und in der Sitzung des Kreistages im Dezember zur Entscheidung anstehe. Die für die Umsetzung notwendigen Haushaltsmittel seien in den derzeitigen Haushaltsplanungen berücksichtigt worden. Soweit Bedarf bestehe, stehe sie für Gespräche zum Thema bereit.

Anlagen

1. Modellprojekt Radstationen – Folienpräsentation von Herrn Meier, Horschler Projektentwicklung und Beratung GmbH
2. Radverkehrskonzept – Folienvortrag von Herrn Dürholt
3. Bundesverkehrswegeplan – Folienvortrag von Frau Leïße
4. EFRE – Übersicht

gez. Günter Bremerich
Vorsitzender

gez. Gabriele Bierwolf-Siegrist
Schriftführer/in